

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch Träger u. a. m. Bezugspreis für den Einzelabnehmer 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M., durch die Post bezogen monatlich 1.85 M., vierteljährlich 5.55 M., ohne Beleggeld, Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolausstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Umgebung 25 Pf., in anderen Orten 30 Pf., in weiteren Orten 35 Pf., in entfernten Orten 40 Pf. — Sonntagsbeilage 6 Pf., pro 1000.

Nummer 355

Sonntag, 3. August 1919.

73. Jahrgang

Offizielle Bekanntmachung.

Eine Leihbibliothek in den Zeitungen erschienene verkürzte Fassung konnte den Lesern erwecken, als ob die Räumung des durch die französischen Militärkräfte besetzten rechten Rheinufer in Aussicht genommen wäre. Es ist dies eine Auslegung, die jeder wahren Grundlage entbehrt.

Letzte Nachrichten

Drachmeldungen der „Wiesbadener Zeitung“.

Die französische Ratifizierung.

Mz. Paris, 2. Aug.

Die Friedenskommission der Kammer hat mit 34 Stimmen bei 2 Stimmenthaltenen beschlossen, für die Ratifizierung des Friedensvertrages einzutreten.

Der oberste Alliiertenrat.

Mz. Paris, 2. Aug. (Savas.)

Diplomatische Lage. Der Oberste Rat der Alliierten trat am Freitag nachmittag am Quai d'Orsay zusammen und nahm Kenntnis von dem Bericht des Interalliierten Ministerrats, der besagt, daß die Lage in der Türkei nach den Bestimmungen der Konferenz geräumt worden sei. Der Rat legte ferner gewisse Wünsche hinsichtlich der Grenze zwischen Jugoslawien und Ungarn.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Mz. Berlin, 2. Aug. Der preussische Minister des Innern ließ an den Obersten polnischen Volksrat durch Funkpost Briefe gelangen, die vor allem den fortgesetzten Streitigkeiten über die Internierungslager ein Ende machen sollte. Danach sind die deutschen und preussischen Regierungen bereit, alle diejenigen, die außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens anlässlich der polnischen Erhebung verhaftet worden sind, einschließlich der mit der Waffe in der Hand Gefangenen in kurzen, aufeinanderfolgenden Stoffen zu entlassen, falls die volle Gegenseitigkeit unter beiderseitiger Kontrolle angenommen und gesichert wird. Von deutscher und nach zuverlässigen Nachrichten auch von polnischer Seite wurden bereits Entlassungen in großem Umfang angeordnet. Die Klagen über angebliche Verletzung der vorgeschlagenen Vereinbarungen oder über angebliche Verletzung des Waffenstillstandes sollen nach den deutsch-polnischen Vorschlägen nicht zum Anlass neuer Verhandlungen genommen werden dürfen, sondern in jedem einzelnen Fall durch Verhandlungen geklärt werden. Ueber die Annäherung der wegen Straftaten anlässlich der polnischen Erhebung Verurteilten, ist man mit der polnischen Regierung in Verhandlungen bereit. Soweit die Gegenseitigkeit verhandelt wird, können im gerichtlichen Strafverfahren Verurteilte in Freiheit gesetzt werden. Schließlich schloß die deutsche und die preussische Regierung vor, die Vollstreckung von Todesurteilen auf beiden Seiten sofort aufzuheben.

Generalstreik in der Schweiz.

Mz. Bern, 2. Aug.

Die „Neue Zürich. Sta.“ glaubt festzustellen, daß der Ausbruch in Basel aus dem Rahmen eines gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Streiks weit hinausgewichen sei und von vornherein politischer Natur gewesen sei. — Auch andere Blätter verweisen mit Nachdruck auf die wachsende Gefahr im ganzen Lande.

Mz. Zürich, 2. Aug. (Depeschen-Agentur.)

Die Streikleitung der Arbeiterunion hat heute folgenden Telegramm an die Regierung geschickt: „Die Arbeiter der Stadt Zürich treten am heutigen Tage, mittags 12 Uhr, in den Generalstreik ein; sie werden darin verharrten, bis die Durchführung folgender Forderungen gesichert erscheint: Sofortiger Preisabbau der sämtlichen Lebensmittel- und Bedarfsartikel.“

Vermeidung jedes Mißpreisauflaufs; Beibehaltung von Stoffen und Schuhen. Herabsetzung der Mietpreise und Nationalisierung der Wohnungen.“

Mz. Basel, 2. Aug.

Entgegen der Anweisung des Aktionskomitees haben die Arbeiter des Gaswerks beschlossen, die Arbeit ebenfalls niederzulegen. Der Betrieb wird mit ganz wenig Personal aufrechterhalten. Es ist zu befürchten, daß die Gasversorgung für 14 Tage bedroht ist. Die Versorgung mit Elektrizität und Wasser bleibt aufrechterhalten. Das Sanitätspersonal hat einen Pavillon zur Aufnahme der Verwundeten eingerichtet.

Nach Informationen der Depeschen-Agentur beträgt die Zahl der Toten zwei, der Verwundeten fünf.

Mz. Bern, 2. Aug. (Ämtlich.)

In einer Konferenz mit den Delegierten des Bundesrates und des Regierungsrates von Basel-Stadt haben die Delegierten des Bundesrates in der Frage der Ermäßigung des Mißpreises und des Preises für Schuhe und Kleider bekannt, daß diese Frage eingehend geprüft werde und auch ohne das Druckmittel des Streiks mit möglicher Beschleunigung ihre Lösung finden solle. In den nächsten Tagen wird eine Kommission zur Prüfung dieser Fragen zusammengetreten.

Nun aber genug!

Der Feind hat das Wort! Was in diesen Tagen zu Weimar sich begibt, das ist nichts anderes als Völsche, eine vollkommen moralische und intellektuelle Entartung. In dem Augenblick, wo wir alle Kraft anspannen haben, um in gemeinsamer Arbeit Deutschland neu aufzubauen, zerlegt man sich gegenseitig mit einer ganz fassungslosen Brut und Ungerechtigkeit. Kann überhaupt noch Zukunft barres geschehen, wenn ein Mensch wie Erzberger, dessen ganze Erbarmlichkeit sich mit jedem Tage sonnenklarer enthüllt, der selbst jeder Schande bloß ist, die er bei anderen entdeckt, es wagt, einen Hindenburg vor den Richterstuhl zu rufen und die Anklagen noch der Entente zu weiterer Begünstigung empfiehlt? Unmöglich, aber wahr, so hat er gesprochen: „Dann werden sie sich nicht beklagen dürfen, daß einzelne Menschen in Deutschland in unangenehme Situationen kommen; sie könnten etwa auf die Auslieferung des Senats, der nach der Schlacht bei Cannae dem geschlagenen Feldherrn dankte, daß er am Vaterlande nicht verweigerte. Und als im Jahre 1870 in Frankreich Gambetta den Volkswortführer begann und Hunderttausende noch opferte für eine bereits verlorene Sache, da beschimpfte ihn sein Volk nicht etwa als feigen Spieler und Vagabunden, sondern dankte ihm, der die nationale Ehre aufrechterhielt. Und eben dieses Volk hat sich schneller wieder aus der Not emporgehoben, als irgend jemand es hätte erwarten können.“

Gewiß, es ist jetzt, wo wir den Ausbruch des gewaltigen Ringens vor Augen haben, unendlich leicht, mit pharisäischer Selbstgefälligkeit auf alle die Fehler und Irrtümer hinweisen, die während dieser Epoche begangen worden sind. Für die Aufklärung der Massen ist es einleuchtend, daß die Geschichte urteilt anders. Wir wissen, daß Friedrich der Große unbedingt im Siebenjährigen Kriege ebenso der Dacht seiner zahlreichen Gegner unterlegen mußte, wie wir unterlegen sind; ihn rettete einzig der Tod der russischen Kaiserin. Aber würde er als Besiegter weniger groß gewesen sein? Unsere Deckschleier, die uns vier Jahre lang von Sieg zu Sieg geführt, alaunten auch im letzten Jahre noch, den Gegner zum Frieden zwingen zu können; es war ein Irrtum, aber ein solcher, der für den Ausbruch viel weniger bedeutete, als der vorläufige Irrtum, den wir heute begehen. Denn es steht fest, daß seit jenem Varmabrie des verräterischen Österreichischen Kaisers, seit dem Bekanntwerden des Czerninschen Gutachtens (mag nun Erzbergers Schwärze daran Schuld gewesen sein oder nicht) die Entente nie an einen Verhandlungsfrieden denken konnte, wie ihn unsere Reichstagsmehrheit durch milde Resolutionen herbeizuführen suchte. Jedes Entgegenkommen Deutschlands gegenüber wäre damals, so sagt Lord George, Wahnsinn gewesen. Keine noch so entschiedene Versickerung über Belgien konnte uns vor schweren Opfern bewahren. Vor allem ohne die Preisgabe von Eliaß-Portbrüggen, das ja Kaiser Karl so freundlich angeboten hatte, war auch nur an Verhandlungen nicht zu denken. Und wer unter unseren Reichstagen, die Sozialdemokraten eingeschlossen, hätte da nicht für den weiteren Kampf eingetreten müssen! Man denke nur an jene Erklärung Kühlmanns, des eigentlichen Wortführers der Majorität, im Sommer 1918! Daß jenes sogenannte Friedensangebot, mit dessen Entlassung Herr Erzberger seine Feinde zu vernichten suchte, sich nun als das direkte Gegenteil herausgestellt hat, wissen wir jetzt alle. Was natürlich unsere Demokraten nicht hindert, wieder eine nie wieder aufzunehmende Schuld von Regierung und Deckschleier zu proklamieren und das ganze lächerliche Machwerk für innerpolitische Zwecke, zur Rettung des eigenen, so kurz ererbten Reiches weidlich auszunutzen. Jene Irrtümer der Deckschleier seien angehen, aber wie weit verhängnisvoller ist und jener Irrtum der anderen geworden, die immer wieder alaunten, daß die Entente es so schlimm nicht mit uns meinen, daß wir nur nötig hätten, die Waffen niederzulegen und unseren Kaiser wegzulassen, um den schönsten Verständigungsfrieden zu erhalten! Wenn ich Rechenhaft gefordert werden muß, was wahrhaftig die Zeit nicht angetan ist, so haben auch die Männer sich zu verantworten, die mit vollem Bewußtsein durch ihre demagogischen Redensarten unseren Kämpfern den letzten Halt raubten und endlich uns durch die Revolution nackt und bloß der Vernichtung preisgaben!

Müssen wir nun einem ruhigen Denken noch Hürden setzen, daß der geforderte Staatsgerichtshof, der nach politischen Rücksichten zusammengebracht sein wird, der Urteil in leidenschaftlicher Voreingenommenheit, der ganz einseitig Schuld und Irrtum auf einer Seite sucht, ein schweres Unrecht sein würde? Man denke sich etwa Hindenburg von Erzberger gerichtet! Es ist doch eine ganz kindliche Aufassung, wenn man glaubt, nun durch unsere Schuldlosigkeit auf die Gegner einen günstigen Eindruck zu erzielen.

Sie würden in dieser Selbstzerfleischung mit Recht nur ein weiteres Anzeichen unseres moralischen Verfalls erblicken.

Nun ist zum Glück der Antrag der Rechten auf Einsetzung einer weiteren, aus Historikern und Juristen zusammengesetzten Untersuchungskommission angenommen worden. Damit wird auf die Wahrheit hingewiesen, die selbst ein Sozialdemokrat auf dem Parteitag zu sagen wagte, daß nur der sachmännlich gebildete Historiker, der im systematischen Ausbilden des historischen Sinns die Geistesgeschichte des geschichtlichen Wandels erkannt hat, dessen Methode allein die Wirklichkeit in objektivem Urteil erranden kann, ein Recht hat, über alle diese so unendlich schwierigen und komplizierten Probleme zu urteilen. Alles andere muß dilettantisches Gerede bleiben. Herr Erzberger freilich ist anderer Ansicht und hat dabei auch sein historisches Wissen dokumentiert durch die Behauptung, daß unsere Geschichtsforschung sich noch darum streite, ob Protestanten oder Katholiken den dreißigjährigen Krieg angefangen hätten. Der Geschichtswissenschaft wird für diese erstaunliche Offenbarung historischer Geistesblindheit nur ein verankertes Räseln übrig bleiben. Jeder blamiert sich eben so gut er kann. Aber die Sache ist blutig ernst. Der ganze Fall Erzberger ist doch nur ein Symptom des ganzen politischen Systems; wenn es so fortgeht, dann haben wir überhaupt jene Korruption, die von vielen als notwendige Folgeerscheinung des schrankenlosen Parlamentarismus angesehen wird. Es ist höchste Zeit, daß die christliche Mitte sich von solcher Gemeinschaft löst. Erst dann läßt sich auf Erneuerung und gerechtes Denken hoffen, damit wir endlich einmal von gehässigen Geizhalsen und den großen Aufgaben unserer nationalen Zukunft zuwenden können.

Professor R. Vageler.

Ludendorff über das Weißbuch.

Im „Berliner Volksanzeiger“ äußert sich General Ludendorff in einer längeren Erklärung über das Weißbuch. Er sagt u. a.: „Nach dem Eindruck, den ich erhalten habe, gibt die amtliche Vorbemerkung eine durchaus einseitige Darstellung der Geschichte und legt einseitige und falsche Schlüsse.“

Freiherr v. Schorlemers Bekenntnis.

Freiherr von Schorlemer-Meyer äußert sich aufgrund kritischer Bemerkungen des Reichsregierungsrats Prof. Dr. Lohmann über die Stellungnahme des Herrn v. Schorlemer zur Frage eines Ostdeutschen Freistaates in folgender Erklärung an den Hauptvorstand der Deutschen Nationalen Volkspartei veranlaßt:

1. Daß er, durch die Berliner November-Revolution dazu getrieben, in vertraulichen Besprechungen bis 7. Januar 1919 die „schleunige Bildung eines selbstständigen Freistaates an der Westgrenze“ im Rahmen des Deutschen Reiches befürwortet, nach dem 7. Januar dann aber auf keinerlei ähnlichen Verhandlungen sich beteiligt habe.

2. Erreichung „besserer Friedensbedingungen“ und „Erhaltung des linken Rheinufers dem Deutschland“ sei der Zweck dieser Stellungnahme gewesen.

3. Schwankende und zögerliche deutsche Elemente des Gedankens, wie die erfolgte Besetzung, hätten dann die Erreichung des Erstrebten, das notwendige „ohne Zustimmung der derzeitigen Reichs- und Staatsregierung“ hätte vollendet werden müssen, für immer verpuffen lassen.

4. Das preussische Landesökonomik-Kollegium und die rheinische Landwirtschaftskammer hätten sich dann im Frühjahr unter seinem Vorstehern übernehmend gegen die fortgesetzten Auflösungsbestrebungen im Westen ausgesprochen.

Es gibt viele ernst zu nehmende Männer, die unter den ersten Eindrücken des vernichtenden Waffenstillstandes und der revolutionären Mißwirtschaft auf ihrer Verwirrung keinen anderen Weg zu finden wußten, als den einer Bildung neuer Staaten. Gewisse Vorkämpfer spielten die bekannte Rolle, indem sie den Apfel vom Baume der „Erkenntnis“ darboten; und so mancher Mann glaubte den gleichartigen Worten, daß in der Tat durch die Bildung eines rheinischen Freistaates das linke Rheinufer dem Deutschland erhalten, bessere Friedensbedingungen erreicht und ein Damm gegen das Bolschewikentum aufgerichtet werden könnte. Anzwischen haben aber die Ereignisse gezeigt, daß die Verprechungen trügerisch waren; und mancher hat sich neu von den Freistaatsbestrebungen, die dem Ehrgeiz oder der politisch-nationalen Unruhe Einzelner entsprungen waren, abgewandt. Aber nur wenige von diesen hatten bisher den Mut, auch öffentlich ihren Irrtum zu bekennen und sich, wie Freiherr von Schorlemer das in seiner Erklärung tut, gegen die fortgesetzten Auflösungsbestrebungen im Westen auszusprechen.

London als Ort des Völkerverbundes.

Mz. Amsterdam, 1. Aug. Laut „Allgemeinen Handelsblatt“ meldet die „Times“, daß das Gebäude Piccadilly 117 in Stand gesetzt werde, um als Büro für das Sekretariat des Völkerverbundes zu dienen.

Die Ziele des internationalen Gewerkschaftsbundes.

Amsterdam, 1. Aug.
Die Ziele des internationalen Gewerkschaftsbundes wurden beschlossen:

Förderung der Interessen und Bestrebungen der an den Bund angeschlossenen Organe auf nationaler und internationaler Grundlage.
Förderung der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung in den nicht angeschlossenen Ländern.
Förderung der vereinten Aktion in allen Fragen von gemeinsamem Interesse für die Gewerkschaftsverbände.
Verhinderung des unehrlichen internationalen Wettbewerbs.
Schaffung eines Fonds für die Förderung der oben genannten Bestrebungen und anderer Gewerkschaftsinteressen.

Es wurde vorgeschlagen, daß jede Delegation von dieser oder der nächsten Konferenz in das Bureau oder den Vollzugsausschuß oder für irgend eine Sonderaufgabe gewählt werden kann, die mit der amtierenden Konferenz zusammenhängt, und daß dabei den Wünschen der nachfolgenden Ländergruppen und der ihnen angeschlossenen Länder Rechnung getragen werde: 1. Vereinigte Staaten, Mittel- und Südamerika, 2. England und die englischen Kolonien, 3. Belgien, Frankreich und Luxemburg, 4. Holland, Spanien und Portugal, 5. Deutschland, Deutschösterreich und die Schweiz, 6. Rußland und die baltischen Provinzen, 7. Dänemark, Polen und Ausnahmestellen, 8. Ungarn, Griechenland und die Balkanstaaten, 9. Dänemark, Finnland, Niederlande, Norwegen und Schweden. Der Kongress billigte den Vorschlag der Kommission.

Es wurde beschlossen, daß die Konferenz des internationalen Gewerkschaftsbundes regelmäßig alle zwei Jahre, möglichst im Herbst, stattfinden soll. Ein Antrag eines amerikanischen Vertreters, wonach alle angeschlossenen Organe die Kosten für ihre Delegation selbst tragen sollten, wurde mit 23 gegen 4 Stimmen verworfen. Die Kommission beantragte, daß die amerikanische Zentrale eines jeden Landes für 250.000 Mitglieder oder einen Bruchteil davon im internationalen Gewerkschaftsbund eine Stimme haben soll.

Deutsche Nationalversammlung.

Am Montag, 1. Aug.
Am Montag, 1. Aug., um 9.30 Uhr.
Präsident Rechenbach eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr. Das Haus erledigt zunächst eine Anzahl Anfragen.
Hr. Dr. Mittelmann (D. Sp.) macht in einer Anfrage auf die bittere Note der Veteranen von 1870/71 aufmerksam und fordert unverzügliche Hilfe. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erwidert, daß die Regierung beabsichtigt, den Veteranen eine einmalige Auszahlung in der Höhe des doppelten Betrags, wie in den Jahren 1917 und 1918 zu machen. Der Haushaltsausschuß hat am 28. Juli die Genehmigung zur sofortigen Auszahlung erteilt, sobald nicht mehr im Wege steht.

Das Schicksal der Kriegsgefangenen.

Der deutsche Abg. Meißner machte in einer Anfrage auf die Beunruhigung der Angehörigen der Kriegsgefangenen aufmerksam, infolge der unüberprüften Nachrichten, daß die deutschen Vertreter für die Kommission der Heimkehr der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten seit Wochen in Verhaftung verbleiben und die Ernennung der gewählten Mitglieder warte.

Hr. Stöckel (Soz.) als Kommissar der Reichsregierung erklärte dazu: Der Friedensvertrag tritt erst dann in Kraft, wenn seine Ratifizierung durch Deutschland einerseits und drei der alliierten und assoziierten Mächte andererseits erfolgt ist. Erst dann kann auch die Durchführung der Bestimmungen über die Heimkehr der Kriegsgefangenen erfolgen. Die deutsche Regierung hat in zwei besonderen Noten vom 28. Juni und 21. Juli die Einleitung von Kommissionen zur Vorbereitung des Abtransports der Gefangenen erbeten, bis jetzt aber noch keine ausweisende Antwort erhalten. Die deutsche Regierung ist unablässig bemüht, den raschen Heimtransport herbeizuführen, hat aber weder die Möglichkeit noch die Macht, den Fortgang der Verhandlungen zu beschleunigen. Auch der Abtransport der in Sibirien befindlichen Kriegsgefangenen ist von der Entscheidung der alliierten und assoziierten Mächte abhängig. Die Internierung in der Schweiz ist erfreulicherweise, dank der Bemühungen der Schweiz, aufgehoben. Am 1. 5. 8. und 12. August treffen in Konstanz je 200 Offiziere und 500 Mannschaften ein. Die Presseberichte, wonach der Abtransport der Gefangenen unmittelbar bevorstehe oder bereits im Gange sei, ist ein Irrtum und irrig. Die Beunruhigung in der Bevölkerung noch zu steigern. Die dieser Tage aus Deutschland nach Versailles abgereichte Kommission zwecks unmittelbarer Verhandlung mit Frankreich über den Wiederaufbau hatten ebenfalls keinen Erfolg. Sobald die erwähnte Kommission mit den französischen Bevollmächtigten die nötigen Arbeitsbedingungen, die Sicherung der persönlichen Freiheit und den ungehinderten Verkehr mit der Heimat festgelegt hat, wird ein Aufruf an die deutschen Arbeiter ergehen, sich zur Arbeit in den zerstörten Gebieten zu melden. Mit der Auslieferung der Gefangenen steht der Wiederaufbau in dem Friedensvertrag in keiner Verbindung. Die vielfach verbreitete Ansicht, als ob freie Arbeiter zum Austausch gegen Kriegsgefangene angeboten werden können und müssen, ist irrig. Die Fürsorge für die Kriegsgefangenen wird bis zu ihrer Heimkehr in jeder nur erdenklichen Weise, ohne Rücksicht auf die Kosten fortgesetzt.

Obstweinbereitung.

Der Unabhängige Abg. Rühmer fordert Maßnahmen von der Regierung, wodurch alles in Frage kommende Obst, auch Südküsten, ausschließlich zur Volksnahrung verwendet werden soll. Er erwartet ferner die Unterlassung der Bewilligung von Ausfuhrerzeugnissen für die Obstherstellung und Verbot der Veräußerung des diesjährigen Obstes. Geh. Rat Dr. Begerlein: Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Obstherstellung soll für die Obstherstellung verwendet werden. Für die Obstherstellung wird kein Zucker zur Verfügung gestellt werden. Die ungeschälte Herstellung von Obstwein wird nicht gestattet. Die Herstellung ist vielmehr bei Weizen aus Weizen und Röhren auf 30 Prozent der durchschnittlichen Verarbeitung in den Jahren 1914 bis 1918 und bei Apfel- und Birnenwein auf 70 Prozent der durchschnittlichen Verarbeitung in den Jahren 1914 bis 1918 beschränkt. Inländischer Zucker wird nur für die Herstellung des für Medizinische Zwecke unentbehrlichen Obstweins zur Verfügung gestellt bis zur Höchstmenge von 5000 Doppelzentner.

Es folgt die Interpellation Dr. Heinze (D. Sp.) und Krüskamp (D. Nat.) betreffend Kohlenversorgung. Reichsminister Schmidt bittet, mit Rücksicht darauf, daß Verhandlungen über Maßnahmen zur Behebung der Kohlennot im Gange seien, die Beratung der Interpellation aussetzen. Die Interpellation wird abgelehnt. Es folgt die Interpellation Krüskamp (D. Nat.) und Dr. Heinze (D. Sp.) über

Beamtenfragen.

Die Interpellanten bitten um Auskunft, ob die Verordnung der preussischen Regierung vom 28. Februar betr. die einstweilige Verlegung der unmittelbaren Beamten in den Ruhestand auch auf die Reichsbeamten ausgedehnt werden solle, und fordert eine Neuordnung der Beförderung- und Pensionsverhältnisse und die Schaffung eines freibehaltenden Beamten- und Disziplinarrechts, sowie die Gewährleistung von Mindestforderungen hinsichtlich der Beförderung, der Ruhegehälter und der Hinterbliebenenversorgung der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten, insbesondere auch der Gemeindebeamten und der Lehrer durch Reichsgesetz.

Hr. Dr. Meißner (D. Sp.) befragt die Interpellation damit, daß der Beamte seit seines Lebens an den Staat und an sein Amt gebunden sei, jedoch der Staat die Verpflichtung übernehmen müsse, ihn vor wirtschaftlicher Not zu schützen. Hieraus ergebe sich, daß den Beamten das Streikrecht nicht zustehe. Streikende Beamte wären ein Widerspruch in sich selbst. („Sehr richtig!“ rief.) Der Redner führte dann die Gehaltssteigerung einzelner Beamtenkreise und zum Vergleich die Lohnsätze verschiedener anderer Arbeiterkategorien an. Als Folge dieser wirtschaftlichen Not stellt der Redner einen bedauerlichen Mangel an Moral fest. Eine rasche und durchgreifende Beförderungreform für alle Beamtenklassen müsse kommen, wenn auf die Dauer das Moment der handwerklichen Lebenshaltung noch aufrecht erhalten werden soll.

Reichsminister Dr. David

dankt der deutschen Beamenschaft für ihre überaus pflichterfüllte und aufopfernde Arbeit, und fährt dann fort: Auf der Pflichterfüllung von unten beruht die Stärke der Demokratie. Mit dem Finanzminister bin ich der Ansicht, daß eine Neuordnung des Beförderung- und Pensionswesens sowie der Hinterbliebenenversorgung unbedingt notwendig ist. Eine durchgreifende Reform der Beamtenversorgung war schon vor dem Kriege fällig. Schwere Not eines großen Teils der Beamten bedeutet eine große Gefahr für deren physische und moralische Gesundheit. Die Regierung ist sich des Ernstes der Lage durchaus bewußt, jedoch ist es einmalig klarheit geschaffen, hierfür sich einsetzen und die Beförderungreform möglichst schnell durchführen wird. Zunächst werden wir durch Fernrücksichten der Not entgegen-

treten, soweit es mit der Finanzlage irgendwie vereinbar ist. Durch eine wesentliche Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage wäre auch die der Beamten zu erreichen. Inwieweit eine einmalige Entschädigungsbefreiung der Beamten vorgegeben werden kann, wird am 12. August in Berlin stattfindende Besprechung mit den Beamtenvertretern seitens der Reichs- und Landesregierungen ergehen. Im Reichsministerium ist seit dem 1. August ein Rat für Beamtenfragen eingesetzt, auf dessen Arbeitsplan auch die Regelung des Beamtendisziplinarrechts steht. Dieses Disziplinarrecht wird nicht nur freibehaltend gehalten, sondern auch einheitlich für alle Beamten entsprechend den Richtlinien in der Reichsverfassung. Durch weitere Maßnahmen hofft die Reichsregierung die Dienstfreudigkeit der Beamten und die Einsicht in die inneren Zusammenhänge des Staates zu heben. Das neue parlamentarische System wird die Gewähr bieten, daß fortan die Beamten ihre berechtigten Forderungen leichter und rascher zur Geltung bringen können. Ein großer Vorzug des neuen Systems ist, daß die Beamten nichts mehr zu befürchten haben. Der Beamte wird den Segen des parlamentarischen Systems immer mehr empfinden. Neben der Möglichkeit, an allem Kritik zu üben, auch an den obersten Vorgesetzten, hat der Beamte auch das Recht, sein politisches Betätigungsfeld abzugeben. Wenn er sich innerlich verbunden fühlt mit dem Schicksal der Gesamtheit, wenn er die Verantwortung besitzt, Unlust und Unzufriedenheit über seine eigenen Interessen beiseite zu schieben, um für das Ganze zu arbeiten, dann kann er berufen werden, schöpferisch zu wirken. Der Beamte steht dem Staat demütig und flehentlich gegenüber! Das neue System nimmt den Beamten nichts, es kann ihnen zur Freude und zum Nutzen werden, der Gesamtheit aber zum Wohle.

Hr. Dr. Meißner (D. Sp.): Anfolge von Äußerungen von Ministern können die Beamten befürchten, daß ihnen die Pensionberechtigung und die unfähigkeitsbedingte Anstellung abgesprochen werden soll. Wenn wirklich die Sozialdemokraten einmal die Mehrheit bekommen sollten, so wird den Beamten auch die Pensionberechtigung über das Beamtenrecht in der Verfassung nichts nützen. Die Not unter den Beamten ist so groß, daß ihnen unbedingt eine einmalige Zulage gegeben werden muß. Bei der Regelung der Teuerungszulage müssen auch die Pensionäre berücksichtigt werden. Von der Güte des parlamentarischen Systems, das Dr. David in den höchsten Tönen gepriesen hat, haben wir uns bis jetzt noch nicht überzeugen können. Das ist sehr bedauerlich. Das ist ein Kartenhaus, das vom nächsten Windstoß umgeweht werden kann.

Reichsminister Dr. David wendet sich gegen eine Reihe von Bemerkungen des Redners. Solche Geflogenheiten würden fortan zur protokollierten Aufnahme der Verhandlungen zwingen. Der Redner habe die Behauptung aufgestellt, unter den Ministern der Regierung befänden sich dekorative Klauen, die Gehalt ohne Gegenleistungen bezögen. Meines Wissens sind — laut der Rede — sämtliche Mitglieder der Regierung mit Arbeit überlastet. Geradezu naiv muß es wirken, wenn sich der Redner gegen dekorative Klauen wendet, die er in der alten Regierung unterstellt hat. Demals gab es in Preußen eine Dekorationsklause mit der Krone auf dem Kopfe, die ein jährliches Einkommen von 18 Millionen Mark hatte, und ebenso war es in den Einzelstaaten. Der Redner und seine Freunde mögen es sich selbst tun lassen, daß heute außerordentlich viel billiger realisiert wird, als unter dem alten System. (Beifall.)

Hr. Dr. Meißner (D. Sp.): Auch die heutige Regierung hat, angeblich im Einverständnis mit den Vertretern der Beamten, diesen die Pensionsfreiheit bestritten.

Hr. Dr. Mittelmann (D. Sp.): Wie steht die Minister zu dem Streikrecht der Beamten? Die Bemerkung, daß der oberste Beamte in Preußen 18 Millionen Mark Gehalt bezöge, habe, war recht wenig geschmackvoll. Die Beamten unter dem alten System war nicht auf der Höhe der Wirtschaft und pflichterfüllende Beamtenhaft zu denken. Die Brücken zur Vergangenheit sind von ihnen bewahrt abgebrochen worden. Das Reich treibt einer ungemessenen Zukunft entgegen. Eines aber steht fest: wenn jemals geschafft werden kann, daß das Schiff eine gute Fahrt fährt, dann, wirklich nur dann, kann es ankommen, den alten Geist der alten Beamten hineinzufrachten in die neue Welt.

Minister Dr. David: Über das Streikrecht der Beamten bin ich nicht in der Lage, mich klipp und klar zu äußern. Der Streik muß in den Beamtenorganisationen ausgetragen werden.

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen.
Nächste Sitzung Donnerstag, 7. August, 4 Uhr nachmittags.

Das Glück von Edenhall.

Kriminal-Roman von Oskar Schenk.

(16. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der Graf war wieder in seinen Sessel gesunken und hatte beide Hände vor das Gesicht gepreßt, als müßte er selbst sich für Egon schämen.

„Mein Gott, wie ist das nur möglich?“

Wieder kam ein lautes Schweigen, dann richtete sich der Graf auf, aber der Klang seiner Stimme war wie gebrochen.

„Und dennoch darf der Name unserer Familien nicht in den Schmutz gezogen werden. Herr Kommissar, ich bitte Sie, helfen Sie mir dazu. Ich bin ja bereit, auch dieses Geld zu opfern und den Strauß zu bezahlen. Dann wird er ja zufrieden sein und auch seinen Antrag zurückziehen.“

„Zu meinem größten Bedauern muß ich Ihnen bemerken, daß das unmöglich ist. Die Anzeige liegt vor und es ist zweifellos, ein glatter Betrug, denn der Baron hat die versprochene Sicherheit, die man vertrauensvoll in seiner Hand beisteht, betrügerisch entwertet. Ist ein solches Verbrechen erst in den Ohren der Behörde gekommen, so kann das Verfahren nicht mehr durch Zurücknahme des Antrages aufgehoben werden. Es ist sehr leicht möglich, daß um einem höchst wahrscheinlichen Fluchtversuch vorzubeugen, schon jetzt ein Haftbefehl gegen den Baron vorliegt!“

„Denn Kommissar, das darf nicht sein! Alle Welt weiß, daß der Baron mein Schwiegerjohn werden sollte, das hieße auch für mich und meine unglückliche Nichte die offenkundige Schande.“

„Und doch weiß ich kein Mittel.“

„Geben Sie Mittel mit unserem ehrenvollen Namen und telegraphieren Sie dem Herrn Staatsanwalt, daß nichts unternommen wird, ehe Sie zurück sind. Vielleicht erscheint sogar ein Siebbrief in der Zeitung! Denken Sie an die arme Mutter! Ich werde jetzt sofort mit Ihnen nach Königsberg reisen und selbst mit dem Herrn Staatsanwalt sprechen. Ich bin bereit, jede verbotene Aktion zu stellen und mich mit meinem Ehrenwort zu verbürgen, daß ich alles aufbieten werde, um den Baron von jedem Fluchtversuch abzuhalten. Ich werde selbst nach Berlin fahren und ihn aufsuchen, so unangenehm es mir ist, ihn

nach diesen letzten Enthüllungen noch einmal leben zu müssen. Denn nach dem, was Sie mir zuletzt sagten, ist natürlich jede Möglichkeit einer Verbindung zwischen ihm und meiner Nichte ausgeschlossen. Aber ich werde zu ihm gehen und ich denke noch so viel Macht über ihn zu haben, daß er sich freiwillig der Behörde zur Verfügung stellt. Da ich ja für jeden Schaden aufkomme, denke ich, könnte man etwas Rücksicht auf meinen ungescholtenen Namen nehmen.“

Der Kommissar war über den Schmerz des alten Herrn ergötzt.

„Nun, so will ich Ihnen die volle Wahrheit sagen. Ich selbst trage den Haftbefehl gegen Baron Varenholm in meiner Tasche und halte ihn hier im Schloß. Von seinem Aufenthalt in Berlin wußten wir nichts, und so ist auch vorläufig nichts weiter veranlaßt, als daß die Häfen und Grenzzölle in doppelter Weise verhängt sind. Der Gedanke liegt in mir, daß er den Versuch macht, an seiner früheren Geliebten nach Amerika zu entkommen. Aber ich will tun, was ich kann, und wenn der Herr Graf jetzt wirklich mit mir nach Königsberg kommen wollen, mag der Herr Staatsanwalt selbst tun, was er für richtig hält.“

„Ich danke Ihnen, Herr Kommissar, und bitte Sie nur, mich einige Augenblicke anzuhalten. Bis ich die notwendigen Vorbereitungen getroffen habe.“

Der Kommissar verbeugte sich dann, und wohlwollend verließ das Zimmer. Er trat seine Nichte im Nebenraum, da sie im Begriff stand, zu ihm zu kommen.

„Ich wollte dich eben fragen, ob der Herr zu Tisch unser Gast bleibt, da eure Unterredung so lange dauerte. Aber um Gottes willen, Onkel, wie steht es?“

„Sie sah ihm auf höchste erschrocken in die Augen und Graf Wilhelm rana nach Hause. Nun stand sein armes Kind vor ihm und ließ ihm das Schlimmste.“

Sollte er ihr jetzt schon die ganze Wahrheit sagen?

„Du bist krank, Onkel!“

„Nein, nein, mein Kind, es ist nichts. Ich hatte eine große Erregung.“

„Hat der Mann dich geärgert?“

„Er nahm sie in seinen Arm und drückte sie an sich.“

„Mein Kind, mein armes, liebes Kind!“

Er konnte den angstvollen Blick in ihren Augen nicht ertragen.

„Ja, Onkel, was ist denn?“

„Sei hart, mein Viebling, ich muß sofort mit dem Herrn nach Königsberg.“

„Nach Königsberg? Krank, wie du bist?“

„Ich bin nicht krank, aber ich habe etwas sehr Trauriges erfahren, und du mußt wissen, daß du mein mutiges, starkes Kind bist. Es betrifft Egon.“

„Egon? Ist ihm etwas zugefallen?“

„Sie schrie laut auf.“

„Ist er krank? Wie steht es?“

„Nein, nein, es ist etwas ganz anderes. Ich fürchte, wir haben uns beide sehr in Egon getäuscht.“

„An Egon? Wer hat es gewagt, etwas Schreckliches von ihm zu sagen? Was es der Fremde? Ich weiß nicht, was er gesagt, aber ich weiß, daß es nicht wahr ist. Wie konnte du nur einen Augenblick etwas Unrechtes von ihm glauben?“

Ihre Worte zerrissen sein Herz, aber er brachte es nicht über sich, ihr schon jetzt die volle Wahrheit zu enthüllen.

„Gib um Klarheit zu haben, muß ich ja reisen.“

„Oh, Onkel, wie kannst du nur an ihm zweifeln! Du bist mit dem Manne reden, ich will ihm sagen, was Egon ist.“

Eine schöne Begeisterung leuchtete aus ihren Augen.

„Ich Kind wie wünschtest ich, du hättest recht.“

Fast kam er selbst sich in diesem Augenblick wie ein Verräter vor. War es denn wirklich richtig, was der Kommissar sagte? Es schien ihm ja selbst unmöglich. War es nicht vielleicht nur ein Zusammenstoß unglücklicher Umstände? Kam es nicht oft vor, daß ein Unschuldiger unter falschem Verdacht litt? Konnte es nicht irgendein häßlicher Mordfall des ihm ganz unbekannten Geldverleiheres sein? Durfte er verurteilen, ehe er sich selbst überzeugt hatte? Nun er in des Kindes Augen sah, schämte er sich fast seiner Raschheit.

„Du hast recht, Kind, wir wollen nicht urteilen, ehe wir wissen, und darum will ich dir jetzt noch gar nichts sagen, was mir zu Ohren gekommen.“

„Ich will es auch nicht wissen, denn es ist ja nicht wahr.“

„Also laß mich reisen und prüfen. Ich habe ja Egon auch lieb.“

(Fortsetzung folgt.)

terhöhung nicht gelegentlich durch ein lukratives kleines „Geschäft“ verbessern? Wäre der Handwerker oder Lebensinhaber nicht ein Narr, wenn er es ablehnte, durch eine Veteiligung bei einer harmlosen „Schiebung“ mehr zu verdienen, als ihm die Arbeit vieler Wochen, ja Monate, einbringt? Sollte der Händler oder der Bauer nicht die Gesammnisse des Landes an Schieberpreiten an die Türen der Schieber tragen? Hat die normale ehrliche Arbeit überhaupt noch einen Sinn, wenn sie nicht mehr die Befriedigung der geringsten Bedürfnisse ermöglicht? Wenn die faulpeorigen frischen Bröden, die jetzt allenthalben für 40 Pf. zu kaufen sind, wirklich aenleickbar sein sollen, muß das Einkommen des Adäfers gegenüber der guten alten kaiserlichen Zeit, da sie 3 Pfennige kosteten, 10–12 Mal größer sein. Und wer ist nicht gerne frische, faulpeorige Bröden?

„Die Nation hat nach 4½ Kriegsjahren das Recht, 4 Monate beoffen an sein und 4 Monate ihren Ranich auszuschießen“. So ähnlich hat in der heute gebräuchlichen geschmackvollen Redeweise der Minister Gieseler, einer der Träger der neuen Zeit, gelagt. Das Volk der Dichter und Denker ein Volk beoffener Schieber und Baulenzer —

H. G.

gegen Sklaverei und alle anderen Verbrechen

Ich war Zeuge, wie ein junger Mann für zwei Krawatten 76 Mark bezahlte — und ich sah einen Korb mit Früchtereiseln, von denen 1 Pfund 1 Mark und 30 Pfennig kosten sollte, Mag die Krawatten bezahlen, mer Lust und Geld hat. Aber wenn man beginnt, die wichtigsten Nahrungsmittel des Volkes an Schieberpreisen zu verkaufen, sollte kein Mittel dazwischen genugs sein, eine solche Gemeinschaft zu verhindern. Die laufende Bevölkerung hätte im Kaufstreck ein solches Mittel in der Hand, wenn sie nicht in ihrer Mehrheit darauf verzichtete, davon Gebrauch zu machen. Schieberpreisbefreiungen allein sind nutzlos — beim Obst haben wir es wieder erfahren. Man kauft eben, oder man entbehrt weiter, oder man — verkauft auch zu schlehen. Sollte der Reichthum die „Lagen“ Einkünfte aus der Un-

Eierbewirtschaftung. Die vom Herrn Regierungspräsidenten mit Genehmigung des Herrn Administrateurs des Bezirks Wiesbaden erlassene Verordnung über die Fortführung der Eier-Zwangswirtschaft im besetzten Gebiet ist aufgehoben worden. Die Dähnerhalter brauchen daher von jetzt ab keine Eier mehr an die Kreis-Eierstelle abzuliefern.

== 20 Langgasse 20 ==

Kammermusikabend in Langensalza. Aus Langensalza. 20. Juli, wird uns geschrieben: Ein von drei Wiesbadener Künstlern achtern im Kurhaus veranstalteter Kammermusikabend bot außerlesene Genüsse. Die Herren Gröhl (Violine), Felske (Cello) und Dr. Orb (Klavier) brachten zum Vortrage Beethoven's Sonate in G-dur für Violine und Klavier, denn die Sonate in A-dur für Cello und Klavier von Boccherini; den Schluß bildete das Trio für Klavier, Violine und Cello von Brahms. An jeder einzelnen dieser Compositionen zeigten die Wiesbadener Mäße ihr hohes künstlerisches Können. Die wahrhaft erbauten Zuhörer brachten ihren Dank in sehr lebhaften Beifallsbekundungen zum Ausdruck. Als der Apollon nach dem Mittelstück sein Ende nehmen wollte, wollte Herr

Die größte gewölbte Eisenbahnbrücke der Erde. Die den Dorells in Schweden überspannende eiserne, im Jahre 1881 erbaute Brücke konnte nur mit Lokomotiven von 125 Tonnen Achsendruck und 20-Kilometer-Stundengeschwindigkeit befahren werden und genügt infolgedessen nicht den erhöhten Anforderungen der Jetztzeit. Als Ersatz dieser Brücke ist jetzt, wie die „Zeitung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen“ meldet, 140 Meter unterhalb derselben eine neue Brücke fertiggestellt, die für 20 Tonnen Achsendruck und 100-Kilometer-Stundengeschwindigkeit berechnet ist. Bei der Beanspruchung zeigte sich eine Eisenbetonbrücke wirtschaftlich überlegen. Die durch den Krieg veranlassten Preisverhältnisse haben die Wettbewerbsfähigkeit der Eisenbetonbrücke weiter erhöht. Die neue Dorells-Brücke ist mit ihrer Spannweite von 90,7 Meter die größte gewölbte vollstürige Eisenbahnbrücke der Erde. Die überhaupt größte, bisher ausgeführte gewölbte Eisenbahnbrücke der Erde führt die Schmalspurbahn Chur-Arosa mit einer Spannweite von 96 Metern über das Messtal bei Sondwies im Kanton Graubünden.

Danksagung.

Da es mir leider absolut unmöglich ist, jedem Einzelnen für die mir aus Anlass meines 80ten Geburtstages gewidmeten Zeichen von Achtung, Liebe und frdl. Sympathien in gebührender Weise zu danken, so sage ich hiermit Allen, die mich trotz der ernsten, schweren Zeiten in geradezu überwältigender Weise beglückt und geehrt haben, meinen innigsten, tiefgefühltesten Dank. Insbesondere dem Herrn Oberbürgermeister und dem verehrlichen Magistrat, den Vereinen und Korporationen, sowie der gesamten Presse unserer Stadt, und bitte mir die freundlichen Sympathien auch für den Rest meiner Tage bewahren zu wollen.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Joh. Chr. Glücklich sen.

[4662]

Statt Karten.

Otto Raudnitzky
Olga Raudnitzky

geb. Lang

Vermählte

2. August 1919.

[*2281]

Flaschenweine.

Montag, den 4. August, vorm. 9—12 Uhr
und nachmittags 2—6 Uhr,

lasse ich einige Restpartieen

Rhein-, Mosel-
und Süd-Weine

(ca. 1500 Flaschen)

in dem Auktionslokal des Herrn Krämer,
Neugasse 22

freihändig verlaufen.

[4087]

Friedr. Marburg,
Weinhandlung.

Fensterleder

für Fensterputzanstalten
für Wagen u. Autos eingetroffen.

[4073]

Marx, Mauritiusstr. 1. Fernruf 806.

Bekanntmachung.

Durch die scharfe Überwachung, die die Gewerkschaftsfürsorge gemeinschaftlich mit dem Arbeitsamt durchführt, sind bereits zahlreiche Fälle mißbräuchlicher Inanspruchnahme der Gewerkschaftenunterstützung festgestellt worden, namentlich von Personen, die angeblich arbeits- und erwerbslos zu sein, sich jedoch trotzdem Einkommen und Erwerb beschaffen.

Erlaubt wurden diesen Personen ihre Handlungen vielfach durch Arbeitgeber, welche bei Einstellung von Arbeitskräften die Invalidentarifen nicht abnahmen und auch längere Zeit keine Invalidentarifen ließen.

Nach der Verordnung für die Gewerkschaftsfürsorge ist jeder, der die Unterstützung in Anspruch nimmt, verpflichtet, über sein Einkommen genaue Angaben zu machen. Wer gegen diese Verpflichtung verstößt, und trotz nicht angegebenen Einkommens die Gewerkschaftenunterstützung in Anspruch nimmt, macht sich eines Betruges schuldig.

Einen wirksamen Schutz gegen eine mißbräuchliche Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung können auch die Arbeitgeber selbst bieten, wenn sie in allen Fällen, in denen sie eine Vermittlung des Arbeitsamtes, also namentlich bei Gelegenheits- und vorübergehenden Arbeiten jemanden beschäftigen, hiervon dem Arbeitsamt, Zimmer Nr. 7 Mitteilung machen, ferner den Arbeitslosen bei der Einstellung die Invalidentarifen abverlangen und diese während der Dauer der Beschäftigung ausfüllen. Um eine bessere Kontrolle der Gelegenheitsarbeiter zu haben, ist es dringend geboten, auch diese durch das Arbeitsamt zu versehen. Arbeitgeber, die einen angestellten Arbeiter zwar entlassen, ihm aber noch für eine gewisse Zeit Lohn oder Gehalt gewähren, werden ebenfalls ersucht, dies dem Arbeitsamt mitzuteilen, um zu verhindern, daß die Entlassenen neben ihrem Lohn noch Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Ueberhaupt ergeht an alle Arbeitgeber das dringende Ersuchen, durch zweckdienliche Mitteilungen das Arbeitsamt in seiner Arbeit, besonders zur Verhütung mißbräuchlicher Inanspruchnahme zu unterstützen; hierzu gehört in erster Linie, das Arbeitsamt sofort zu benachrichtigen, falls ein Arbeitnehmer freiwillig die Arbeit niedergelegt, oder ihm angebotene Arbeit abgelehnt hat. Dies entspricht sowohl dem Interesse der Gesamtheit, als auch dem der Arbeitgeber selbst.

Diese Bestimmungen werden hiermit ausdrücklich bekannt gemacht mit dem Hinweis, daß gegen betrügerische Inanspruchnahme der Unterstützung der Ausfühler mit allen gebotenen Mitteln vorgehen wird, und zwar wird die Stadtverwaltung in allen Fällen solche Personen wegen Betruges strafrechtlich verfolgen lassen, und die Namen öffentlich bekannt machen, sowie diese Personen vom weiteren Besuche der Unterstützung ausschließen, und außerdem die bereits abgegebene Unterstützung wieder eintreiben.

Wiesbaden, den 29. Juli 1919.

Der Magistrat. (4061)

Am 8. August 1919, vormittags 10½ Uhr wird an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 61 das Wohnhaus mit Hofraum und Garten hier, Philippsbergstraße Nr. 45, 6 Nr. 80 Quadratmeter groß, zwangsweise versteigert. Eigentümer: Ebeleute August Bahlschmidt hier.

Wiesbaden, den 28. Juli 1919.

Das Amtsgericht. Abteilung A. (4060)

Spedition J. & G. ADRIAN

Bahnhofstrasse 6 Hofspediteure Fernspr. 59 u. 6223

Versand von Gütern, Lebensmitteln
und Reisgepäck von und nach dem besetzten Gebiet. — Transportversicherung.

Lagerung von Kisten, Koffern und Möbeln.

(4021)

WILH. HÖCKER

SCHILLER-PLATZ 2

HAUS- und KÜCHEN-GERÄTE

SEHR PREISWERT

EINKOCHGLÄSER
MIT MASSIVEM RAND

GUTE GUMMIRINGE

Zahn-Praxis Garnier

Friedrichstrasse 36, II.

Sprechstunden täglich von 8½ — 12½ und 2½ — 5½ Uhr.

Sonntag 10 — 11 Uhr.

Telefon 7246.

[4665]

Sehenswert!

Strickjacken

für kühle Abende.

Ein Bedürfnis für jede Dame, die ihre Garderobe komplettieren will

Ausgesuchte schöne Farben und Façons habe ich täglich in Pariser Neuheiten anzubieten, für die ich zum grössten Teil den Alleinverkauf habe. — Farben- und Façon-Auswahl unerreicht.

Segall

en gros en détail
Langgasse 35.

Meiner geehrten Wiesbadener und auswärtigen Kundschaft zur gefl. Kenntnis, dass ich schon jetzt

Pelzumarbeitungen, Reparaturen
sowie **Neuanfertigungen** annehme und dieselben sauber und fachgemäss ausführe.

Auch werden Felle zum Gerben angenommen.

D. Brandis, Kürschneri und Pelzwaren
Langgasse 39, I. — Telefon 2024. (8323)

Psychotherapie.

Behandlung von Nervenleiden für Damen und Kinder durch **Suggestion und Hypnose.**

Sprechstunden:
11—1 Uhr.

Gertrud Roth,
Zietenring 4, III.

[*962]

Im hiesigen Handelsregister Abt. A wurde heute unter Nr. 179 die offene Handelsgesellschaft Theob. Kamp u. Co. mit dem Sitz in Böhre eingetragen. Persönlich haftende Gesellschafter sind 1) Kaufmann Theodor Kamp, 2) Kaufmann Wilhelm Rannach, beide in Böhre. Die Gesellschaft hat am 1. Juli 1919 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist jeder der Gesellschafter für sich allein berechtigt.

Börsenhausen, den 28. Juli 1919.

Amtsgericht Böhre-Grensbaun. (4061)

Amerik. Milch-Schokolade

1/2-Pfd.-Tafel (engl.) M. 7.50

Amerik. Speise-Schokolade

1/2-Pfd.-Tafel (engl.) M. 7.—

„Marquis“-Schokolade 1 Pfd. M. 17.—

Französl.-Schokolade 1/2-Pfd.-Tafel M. 6.—

Gar. reiner Kakao

pa. Qualität, 1 Pfd. M. 11.—

ff. engl. Keks Tafel M. 1.75 und —.80

Wiederverkäufer Sonderpreise.

Schokoladenhaus Carl G. Müller

Langgasse 3 Bahnhofstr. 4 Morikstr. 15.

(4082)

Versichern Sie

Ihr Reisegepäck. Policen sofort erhältlich bei

Born & Schottenfels,
Nassauer Hof. (3653) Telefon 680.

Marcus Berlé & Cie.

Gegründet 1829 Bankgeschäft Gegründet 1829

commanditiert von der Deutschen
Vereinsbank, Frankfurt a.M., seit 1873

Fernspr. 26 u. 6518

Wilhelmstrasse 38

Aufbewahrung und Verwaltung
von Wertpapieren
Provisionstfreie Girokonten
Verzinsliche Geldeinlagen
Kredite in laufender Rechnung
Schränkfächer

unter Mitverschluss der Mieter (im grossen neu-
erbauten Stahlkammer-Gewölbe).

[4010]

Lebensmittel-Verteilung

für die Woche vom 4. August bis 10. August 1919.

I. Deutsche Grundration.

100 Gr. Marsatjue	zum Preise von 50 Pf. je 100 Gr.
125 Gr. Zucker	„ „ 59 „ „ Pfund
125 Gr. Teigwaren	„ „ 70 „ „
125 Gr. Weizenmehl	„ „ 50 „ „
250 Gr. Kartoffelknollen	„ „ 172 „ „
Marmelade (markenfrei)	„ „ 140 „ „
Kocherische Suppen (markenfrei)	„ „ 50 „ „
50 Gr. Wurst gegen Abgabe der Fleischmarken 9—10 in den Wesgereien, deren Anjandbuchstaben von S—J einschli. besteht.	

Sonderverteilung:

für Kinder vom 3. bis 6. Lebensjahre:

250 Gr. Sago	zum Preise von 130 Pf. je Pfund von Donnerstag bis Samstag in den Milchverteilungs- stellen gegen Vorlage der Milchkarte und des Haushalts- ausweises.
--------------	---

II. Deutsche Zulagerung (Loover) zu den von der franz. Behörde vorgeschriebenen verbilligten Preisen:

50 Gr. Pflanzenfett	zum Preise von 63 Pf. je 50 Gr.
250 Gr. Weizenmehl	„ „ 145 „ „ Pfund
125 Gr. Bohnen	„ „ 100 „ „
200 Gr. Tafelkaffee	„ „ 570 „ „
gegen Abgabe der Fleischmarken 5—8	
125 Gr. Speck	„ „ 570 „ „
gegen Abgabe der Fleischmarken 3—4	

III. Auf Befehl der französischen Behörde zur Erreichung der Samorlathen-Ration (unverbilligt):

60 Gr. Pflanzenfett	zum Preise von 82 Pf. je 60 Gr.
175 Gr. Weizenmehl	„ „ 160 „ „ Pfund
250 Gr. Hinderpfeiffleisch	„ „ 870 „ „
auf Fleischmarken 1—2	

IV. Aus dem freien Handel:

1/10 Liter Del	zum Preise von M. 14.50 je Liter.
----------------	-----------------------------------

Wiesbaden, den 3. August 1919.

Der Magistrat. (4060)

Im hiesigen Handelsregister Abt. B wurde heute bei Nr. 12 zur Firma Vereinigte Steinzeugfabriken Grensbaun. G. m. b. H. in Grensbaun eingetragen:

Die Firma lautet jetzt: „Vereinigte Steinzeugfabriken von Böhre-Grensbaun und Ransbach, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Grensbaun.“ Inwieweit der Gesellschaft die einheitliche Regelung der Produktion und die Verteilung der Verkaufspreise für alle Erzeugnisse der Gesellschaft, soweit sie in der allgemeinen Preisliste aufgeführt sind, der Gesellschaftsvertrag vom 12. September 1914 ist durch Beschluss vom 26. Februar 1919 geändert. Das Stammkapital der Gesellschaft ist auf 48 000 M. erhöht. Die Gesellschaft ist auf 5 Jahre ab 1. April 1919 abgeschlossen und läuft um weitere 5 Jahre, wenn kein Gesellschafter ein halbes Jahr vor Ablauf seine Kündigung einreicht. Nach Ablauf dieser Kündigungsfrist ist eine neue Kündigung erst zum Schlusse des neunten Jahres zulässig und zwar ebenfalls ein halbes Jahr vor Ablauf des neunten Jahres. Der Kaufmann Wilhelm Berner in Grensbaun ist erneut zum Geschäftsführer ernannt worden.

Grensbaun, den 26. Juli 1919.

Amtsgericht Böhre-Grensbaun. (4064)

Rheinstr. 115 - Erstklassige Haar- u. Schönheitspflege - Telef. 1284
nur aus folgenden Gründen:

Sämtliche erstklassige Toilette-Artikel und Friseur-Schmuck-Garnituren in grosser Auswahl von erstklassigen Firmen

**Sämtliche erstklassige Toilette-Artikel und Frisur-
Schmuck-Garnituren in grosser Auswahl von erstklassigen Firmen**

Zur Reisezeit!

Für Herren:

Sacco-Anzüge Mk. 118.50, 140.—, 185.—, 295.—, 395.—
 Joppen-Anzüge Mk. 50.—, 67.—, 84.—, 98.—
 Waschlappen und Luster-Saccos . Mk. 26.50, 35.—, 48.—, 68.—, 90.—
 Hosen, Strapazierware Mk. 15.—, 20.—, 32.—, 56.—, 88.—
 Echt engl. Regenmäntel, Pariser Schnitt, sehr angenehm im Tragen
 kein Gummi Mk. 395.—
 Mass-Anfertigung aus besten englischen und deutschen Stoffen unter
 Garantie für guten Sitz — Stoffverkauf auch per Meter
Jünglings- u. Knaben-Kleidung in reicher Auswahl

Für Damen:

Sport- und Strassen-Kostüme Mk. 142.—, 152.50, 173.—
 Regendichte Seiden-Mäntel und Jacken Mk. 195.—, 245.—, 295.—
 Gummimäntel, fescie Pariser Form Mk. 325.—, 345.—
 Einzelne Röcke Mk. 31.50, 40.—, 72.50
 Mädchenkleider, Grösse 45—100 von Mk. 10.— bis 40.—

Gelegenheitskauf:

Hosenträger Mk. 1.25, 1.75, 4.50, 9.50, 16.—
 Wickelgamaschen Mk. 5.—, 10.—, 15.—
 Rucksäcke Mk. 3.—, 6.—, 9.—

Bruno Wandt Wiesbaden

56 Kirchgasse 56

1366

Nassauisches Landestheater.

Vom 11. Juli bis einschl. 20. August 1919. Nicht das Theater Ferien
 halber geschlossen. Beginn der neuen Spielzeit: Sonntag, 31. August 1919.

Residenz-Theater.

Operetten-Gesellschaft. Direktor: Herbert Kappler.
 Sonntag, den 3. August, nachmittags 3 Uhr. *Galde Preile.*

Schwarzwaldbädel.

Operette in 3 Akten von August Heidekamp. Musik von Leon Jessel.
 Hofkapellmeister Eduard Bög
 Gannele, seine Tochter Anna Gante
 Bädel, der Hofmeister Erika Gante
 Jürgen, der Wirt v. Blauen Ochsen Edgar Gante
 Marie, seine Tochter Erika Gante
 Raimund von Galm Lucie Gante
 Hans Josef Gante
 Richard Hermann Gante
 Die alte Trudel Charlotte Gante
 Schmuckhelm, ein Berliner H. B. Gante
 Theobald Ernst Gante
 Der Tempel Rudolf Gante

Eine Dienstmagd. Musikanten, Bauern, Bäuerinnen.
 Die Handlung spielt in Gant's Grotte im Schwarzwald.
 Ende nach 5 Uhr.
 Montag: Die lustige Witze. — Dienstag: Die Geisha. — Mittwoch:
 Die lustige Witze. — Donnerstag: Die lustige Witze. — Freitag: Die
 Geisha. — Samstag: Die lustige Witze.

Park-Diele

Wilhelmstrasse 36

Ab 1. August, abends 8 1/2 Uhr:

Auftreten neuer Künstler.

Ausgewähltes Programm!

Hotel-Restaurant Schützenhof

Schützenhofstrasse 4.

**Schönster Garten
mitten in der Stadt**
angenehmster Aufenthalt im Freien

Bekannt gute Küche, Mittag- und Abendessen,
 sowie stets fertige Platten [4290]

— Gut gepflegte Biere vom Fass, prima Weine. —

Oskar Butzmann.

Bringen Sie mir sofort

Ihre Winter-Hüte zum Umpressen.

Anprobierformen nach den neuesten Modellen
 stehen Ihnen bei mir zur Verfügung.

Erstklass. Ausführung eines jeden Hutes wird gewährleistet
 durch Anfertigung in eigener Fabrik.

HEINRICH FRIED

Damen-Stroh- und Filzhutfabrik
 Telefon 6599. WIESBADEN. Kirchgasse 50-52.

Kurhaus Wiesbaden

Sonntag, 3. August,
 Nachmittags 4—6 Uhr:

Abonnements-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des
 „Wiesbadener Musik-Vereins“

Leitung: Kammervirtuose
 Herr Ernst Lindner.

1. Marsch a. d. Oper „Carmen“
2. Ouv. z. Op. „Nebucadnezar“
3. Der Lenz, Lied für Piston-Solo
Hildach
4. Einleitung zum III. Akt und
Brautchor a. d. Op. „Loben-
grün“ Wagner
5. Goldregen, Walz. 6. Melodien
a. d. Op. „Das goldene Kreuz“
7. Ouvert. zur Oper „Mignon“
8. Des Neger's Traum, Fantasie
9. Berlin bei Nacht, Potpourri
10. Soldatenhut, Marsch.

Abends 8—10 Uhr:
Abonnements-Konzert
 ausgeführt von der Kapelle des
 „Wiesbadener Musik-Vereins“
 Leitung: Kammervirtuose
 Herr Ernst Lindner.

- Operette- u. Walzer-Abend.
1. Teufelsmarch 2. Ouverture
z. Op. „Im Reiche des Indra“
3. Leise, ganz leise, Lied a. d.
Op. „Ein Walzertraum“ 4. Er-
klängen zum Tanze die Geigen,
Walzer a. d. Op. „Schwarzwald-
mädel“ 5. Melodien a. d. Op.
„Die Fledermaus“ 6. Ouverture
z. Operette „Banditenstreiche“
7. Divertissement a. d. Operette
„Die Dollarprinzessin“ 8. Kuss-
Walzer aus d. Op. „Der lustige
Krieg“ 9. Potpourri a. d. Op.
„Die Czardasfürstin“ 10. Jetzt
trinken wir noch a Flasche!
- Wein, Holländer-Marsch.

Walhall Lichtspiele

Vom 2. bis 8. August 1919:

Die Sonnenkinder

Grosses Sensationsschauspiel in 6 Akten mit

Karen Sandberg.

Meyer aus Berlin

Tolles Lustspiel in 3 Akten mit

Ernst Lubitsch.

14074

Herrnfräulein



Waschanstalt W. Rund

Fernspr. 1341 • Reichstrasse 5 • Filiale Römerberg 1

NB. Wäsche, welche bis Dienstags abends gebracht
 wird, kann Samstags wieder abgeholt werden.

Neroberg.

Heute Sonntag, den 3. August,
 nachmittags 4 Uhr:

Grosses

Sonder-Konzert

ausgeführt vom

Philharmonischen Orchester.

Leitung: Musikdirektor Arno Blum.

Ausgewähltes Programm.

Eintritt 30 Pfg. Programm 10 Pfg.

NB. Bei ungünstigem Wetter im Wintergarten.

— Fahrgelegenheit bis Neroberg-Restaurant.

Hotel-Restaurant

Drossel-Hof, Rudesheim a. Rh.

in der Drosselgasse.

Sonntag, 3. August: Musikal. Unterhaltung.

Vorz. Weine, gute Küche, zivile Preise

Sep. Klubzimmer. Pension.

Ernst Busch

13640

Bäderklub „Heiterkeit“ Wiesbaden.

Heute Sonntag, von nachmittags 4 Uhr ab bis 11 Uhr

Unterhaltung mit Tanz

im „Rheinischen Hof“ in Biebrich, Rheinstraße 17 (Befitzer Josef
 Preiber), wozu alle Mitglieder sowie Freunde und Gönner des
 Klubs höflichst einladet

Der Vorstand. (12238)

Roll-Kontor

G. m. b. H.

Bahnamtlich bestelltes Rollfahrunternehmen für
 Büro: Südbahnhof Wiesbaden. Fernspr. 917 u. 1964

Abholung und Versendung
 von Gütern und Reisegepäck zu bahnsseitig
 festgesetzten Gebühren.

Verzollungen.

Versicherungen.

1365